

Aufsätze

Marc Debus und Jochen Müller

Bewertung möglicher Regierungen oder Spiegel des politischen Wettbewerbs?

Determinanten der Koalitionspräferenzen der Wähler in den Bundesländern von 1990 bis 2009¹

Kurzfassung

Koalitionsregierungen stellen im bundesdeutschen Mehrebenensystem die Norm dar. Dies wirkt sich nicht nur auf den politischen Prozess und die Politikgestaltung aus, sondern erhöht auch die Komplexität der Wahlentscheidung. Relativ wenig ist jedoch über die Determinanten der Koalitionspräferenzen der Wähler bekannt. Im vorliegenden Aufsatz leiten wir auf Basis von Theorien des Wahlverhaltens, der Regierungsbildung und des Politiklernens Erwartungen dahingehend ab, welche Faktoren die Koalitionspräferenzen der Wähler beeinflussen sollten. So erwarten wir, dass die Wähler solche Koalitionen bevorzugen, die ihre Präferenzen am ehesten umsetzen werden. Zugleich gehen wir davon aus, dass Wähler die Muster des Parteienwettbewerbs adaptieren und daher antizipieren können, wie realistisch einzelne Koalitionen – gegeben die bestehenden Muster der Regierungsbildung – sind. Wir überprüfen unsere Erwartungen auf Basis eines Datensatzes, der 78 Landtagswahlstudien und den Zeitraum von 1990 bis 2009 abdeckt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Koalitionspräferenzen der Wähler bei Landtagswahlen nicht nur von den Koalitionsaussagen der Parteien und der subjektiven Parteinähe der Wähler abhängen, sondern auch von den Eigenschaften der in der Vergangenheit gebildeten Regierungskoalitionen. Wähler präferieren eher Parteienkombinationen, die den do-

¹ Wir danken den Teilnehmern der Jubiläumstagung zum 25-jährigen Bestehen des DVPW-Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“, die im Juni 2012 an der Universität Frankfurt stattfand, sowie den beiden anonymen Gutachtern für hilfreiche Anmerkungen und Kritik.

minanten Mustern der Regierungsbildung entsprechen. Dies ist zudem umso stärker der Fall, wenn ein Bundesland in besonderem Maße vom Regieren in Koalitionen geprägt ist.

Inhalt

1. Einleitung	160
2. Theoretische Ansätze zur Erklärung der Koalitionspräferenzen von Wählern	162
a) Theorien des Wahlverhaltens als Ausgangspunkt zur Erklärung von Koalitionspräferenzen der Wähler	163
b) Dominante Muster der Regierungsbildung und politisches Lernen	164
c) Entscheidungsfindung von Wählern und Parteien im deutschen Mehrebenensystem	167
3. Daten und methodisches Vorgehen	168
4. Ergebnisse	173
5. Schlussfolgerungen	179

1. Einleitung

Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland stehen nicht nur im Zeichen der Betonung inhaltlicher Unterschiede zwischen den Parteien oder der Kompetenzen und Eigenschaften der jeweiligen Spitzenkandidaten, sondern schließen – insbesondere im Zuge der Erweiterung des gesamtdeutschen Parteiensystems um die Linke und die Piratenpartei – auch eine Debatte um die nach der Wahl möglichen Koalitionsregierungen ein. So wurden etwa im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahl vom Mai 2012 verschiedene Koalitionsszenarien – auch als mögliche Optionen für die Bundesebene nach der Bundestagswahl 2013 – diskutiert. Dies betraf vor allem Kombinationen aus drei Parteien und damit eine mögliche „Ampelkoalition“ aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, eine „Jamaika-Koalition“ aus Union, Grünen und Liberalen und eine „rote Ampel“ aus SPD, Grünen und der Linken. Im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf vom Frühjahr 2012 wurde die Option einer „dänischen Ampel“ aus Sozialdemokraten, Grünen und dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW) sogar von der CDU genutzt, um ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Diese Beispiele verdeutlichen die Bedeutung, die möglichen Koalitionen sowie den von den Parteien ausgesandten Koalitionssignalen angesichts zunehmend komplexer und unklarer Mehrheitsverhältnisse im Wahl-

kampf zukommt (Linhart 2007; Decker/Best 2010; Switek 2010; Bytzeck u. a. 2012). Die Notwendigkeit von Koalitionen und deren Integration in den Parteienwettbewerb trägt dazu bei, dass sich im Elektorat Präferenzen hinsichtlich der verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten ausbilden. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit die Koalitionspräferenzen der Wähler die Bewertung möglicher Regierungen abbilden oder die erlernten Muster des politischen Wettbewerbs widerspiegeln.

Wir wollen in diesem Beitrag die Koalitionswünsche der Wähler näher beleuchten und untersuchen, von welchen Faktoren diese bestimmt werden. Dazu ziehen wir zum einen Theorien des Wahlverhaltens heran und argumentieren, dass Wähler solche Parteienkombinationen bevorzugen sollten, die die Partei umfassen, die einem Wähler aufgrund seiner sozialen Gruppenzugehörigkeit und seiner gegebenenfalls bestehenden Parteiidentifikation nahesteht. Zum anderen entwickeln wir auf Basis von Theorien der Koalitionsbildung in föderalen Systemen – in Kombination mit Ansätzen, die das „Lernen“ im politischen Prozess und Kenntnisse darüber hervorheben – Erwartungen hinsichtlich des Zustandekommens von Koalitionspräferenzen. So sollten – wenn in einem Bundesland Koalitionsregierungen die Regel darstellen – die Koalitionspräferenzen der Wähler stärker von den dominanten Mustern der Regierungsbildung determiniert sein als in solchen Ländern, die in geringerem Ausmaß von Mehrparteienregierungen geprägt sind. Zudem untersuchen wir – auf der Basis der Vorstellung von Landtagswahlen als „second order elections“ (Reif/Schmitt 1980; Decker/von Blumenthal 2002) –, ob die Koalitionspräferenzen der Wähler bei Landtagswahlen stärker von den partei- und koalitionspolitischen Mustern auf Bundesebene als von der Zusammensetzung von Regierung und Opposition und den Ausprägungen des ideologischen Parteienwettbewerbs im jeweiligen Bundesland beeinflusst werden.

Die Ergebnisse, die auf 78 Landtagswahlstudien im Zeitraum von 1990 bis 2009 beruhen, zeigen, dass die Koalitionspräferenzen der Wähler vom Bestehen einer „Koalitionskultur“ im jeweiligen Bundesland bzw. der Prägung eines Bundeslandes durch das Regieren in Koalitionen in den vorherigen Legislaturperioden abhängen: Sind die Landesregierungen eines Bundeslandes von Mehrparteienkabinetten gekennzeichnet, dann wünschen sich die Wähler auch eher solche Koalitionen, die im Einklang mit den für die deutschen Bundesländer ausschlaggebenden Faktoren der Regierungsbildung sind. Zudem beeinflussen Faktoren, die sich aus Theorien des Wahlverhaltens ergeben, wie das Bestehen einer subjektiven Parteinähe, sowie erklärende Faktoren wie der Grad der ideologischen Distanz zwischen den Parteien, die sich auf der Grundlage klassischer Koalitionstheorien ableiten lassen, welche parteipolitische Zusammensetzung sich die Wähler für ihre Landesregierung wünschen.

Um zu diesen Ergebnissen zu gelangen, gehen wir wie folgt vor: Im nächsten Abschnitt entwickeln wir anhand von Theorien des Wahlverhaltens, der Regierungsbildung und des Politiklernens Erwartungen hinsichtlich der Determinanten der Koalitionspräferenzen der Wähler. In Abschnitt drei stellen wir die hier verwendeten Daten, die Operationalisierung der abhängigen und erklärenden Variablen sowie die angewandte statistische Methode näher vor. Im vierten Teil werden die Ergebnisse in deskriptiver wie analytischer Form präsentiert und vor dem Hintergrund der Hypothesen diskutiert. Die Schlussbetrachtung fasst die gewonnenen Erkenntnisse zusammen und fragt – mit Blick auf responsives Regieren in modernen Demokratien – nach Implikationen der Koalitionspräferenzen der Wähler für die Regierungsbildung im bundesdeutschen Mehrebenensystem.

2. Theoretische Ansätze zur Erklärung der Koalitionspräferenzen von Wählern

Die Analyse der Bildung von Regierungen sowie des individuellen Wahlverhaltens stellen zentrale Komponenten der (Vergleichenden) Regierungslehre und der Politischen Soziologie dar. Jedoch wird bei der Untersuchung der ihnen zugrunde liegenden Faktoren der wechselseitige Einfluss der jeweiligen Entscheidungsmuster nur zu einem geringen Grad berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für den Einfluss der Koalitionspräferenzen der Wähler auf das Handeln und Entscheiden der Parteien im Regierungsbildungsprozess (vgl. Laver 2008; Strøm 2008), aber auch für die Effekte, die von den Mechanismen des Regierens in Mehrparteienregierungen auf das Wahlverhalten ausgehen. Zu letztgenanntem Zusammenhang wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Arbeiten vorgelegt, die den Einfluss von Vorwahlkoalitionen auf die individuelle, ggf. taktisch motivierte Entscheidungsfindung des Wählers in theoretischer wie empirischer Hinsicht untersuchen.² In einem aktuellen Aufsatz, der die Bundestagswahl 2009 thematisiert, analysieren Bytzek et al. (2012) die Auswirkungen von Koalitionssignalen auf das strategische Wahlverhalten und simulieren dabei auf Grundlage der Wahlstudie zur Bundestagswahl 2009 (GLES) Veränderungen in den Koalitionspräferenzen der Parteien. Die Ergebnisse zeigen, dass die den Befragten suggerierten Änderungen in den Koalitionsaussagen der Parteien in der Tat die Wahlabsicht beeinflussen. Koalitionsaussagen können somit das Wahlergebnis in signifikanter Form verändern. In einer Studie, die die Parlamentswahlen in Israel 1996 untersucht, kommen Bargsted und Kedar (2009) zu dem Ergebnis, dass die Erwartungen hinsichtlich der parteipolitischen Zusam-

2 Vergleiche etwa Golder 2005, 2006; Gschwend/Johnston/Pattie 2003; Gschwend 2007; Linhart 2007.

mensetzung der nächsten Regierung das Wahlverhalten in entscheidender Form beeinflussen. Bezweifelt ein Wähler, dass die gemäß des Distanzmodells von Downs (1957) eigentlich bevorzugte Partei nach der Wahl an der Regierung beteiligt ist, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass er sich für die hinsichtlich der subjektiv wahrgenommenen ideologischen Nähe „zweitbeste“ Option entscheidet, signifikant an. Dieser Effekt bleibt auch dann stabil, wenn für andere Faktoren, die einen Einfluss auf das Wahlverhalten ausüben, kontrolliert wird. Ausgehend von den bisherigen Befunden bietet es sich demzufolge an, bei der Ableitung von Hypothesen hinsichtlich der Bestimmungsfaktoren der Koalitionspräferenzen der Wähler zunächst auf Theorien des Wahlverhaltens aufzubauen, um dann – in einem zweiten Schritt – Ansätze zur Erklärung der Regierungsbildung zu integrieren, die auch bei der Erklärung der Koalitionspräferenzen von Wählern relevant sein sollten, wenn in einem politischen System spezifische Muster der Regierungsbildung dominant sind.

a) Theorien des Wahlverhaltens als Ausgangspunkt zur Erklärung von Koalitionspräferenzen der Wähler

Aus der empirischen Analyse individuellen Wahlverhaltens wissen wir, dass eine Reihe von Faktoren, die teils auf sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Theorien und teils auf Ansätzen, die die Nutzenmaximierung hervorheben, basieren, einen signifikanten Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten haben.³ So lässt sich die Wahlentscheidung in Deutschland nicht nur durch die ideologische oder politikfeldspezifische inhaltliche Distanz zwischen Wähler und Partei bzw. Kandidat erklären (vgl. Downs 1957; Thurner 2000; Debus 2007, 2012 a), sondern auch durch das Bestehen einer subjektiven Parteinähe oder mit der über eine spezifische soziale Gruppenzugehörigkeit verbundenen Interessenlage.⁴ Sozialstrukturelle Theorien des Wahlverhaltens lassen aus zwei Gründen einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Gruppenzugehörigkeit und Parteiwahl erwarten: Zum einen weisen Personen, die Mitglied von Gruppen sind, die traditionell mit bestimmten Parteien verbunden sind, sozialisationsbedingt eine starke Neigung zugunsten eben dieser Parteien auf. Zum anderen prädisponieren die mit sozialer Gruppenzugehö-

3 Die zur Beantwortung der Fragestellung herangezogenen Daten erlauben leider nicht die Ermittlung der ideologischen Distanz zwischen der Position eines Befragten und den zur Wahl stehenden Parteien (und darauf aufbauend der potenziell möglichen Koalitionen), so dass wir davon absehen, eine eigenständige Hypothese auf der Basis des Distanzmodells nach Downs (1957; vgl. Grofman 2004) zu formulieren.

4 Vergleiche etwa Röller 1998; Schmitt 1998, 2009; Kellermann/Rattinger 2005; Kellermann 2008; Pappi/Brandenburg 2010.

rigkeit verbundenen Interessen zur Wahl von Parteien, welche diese in besonderem Maße vertreten (vgl. Pappi 1990; Müller 1998; Kohler 2002). Trotz der Debatte um die „Individualisierung“ des Wahlverhaltens zeigen empirische Studien, dass sowohl die soziale Gruppenzugehörigkeit als auch die „Parteiidentifikation“ als Kernvariable des sozialpsychologischen Modells des Wahlverhaltens noch immer einen entscheidenden Einfluss auf die individuelle Entscheidungsfindung haben.⁵

Aufbauend auf diesen Befunden der Wahlverhaltensforschung formulieren wir die beiden folgenden Hypothesen:

H1: Wähler bevorzugen solche Koalitionen, die die Partei umfassen, der sie aufgrund einer vorhandenen Parteiidentifikation besonders nahe stehen.

H2: Wähler bevorzugen solche Koalitionen, die die Partei mit einschließen, die in der sozialen Gruppenzugehörigkeit der Wähler begründete Interessen am besten vertritt.

b) Dominante Muster der Regierungsbildung und politisches Lernen

Mit der Zunahme der Anzahl zur Wahl stehender Parteien ergibt sich eine exponentiell anwachsende Anzahl möglicher Kombinationen, die die Wähler als Koalition präferieren können. Anders formuliert: Die Entscheidung, mit der die Wähler konfrontiert sind, ist ausgesprochen komplex, wenn wir annehmen, dass jede Parteienkombination als mögliche Koalition betrachtet wird. Realistischer ist hingegen vielmehr, dass dominante Muster der Regierungsbildung auf die Wähler und die von ihnen entwickelten Koalitionspräferenzen einwirken. Aus der empirischen Analyse theoretischer Ansätze des „Lernens“ im politischen Prozess, wie sie etwa in der Policy-Analyse herangezogen werden, wissen wir, dass sich die involvierten politischen Akteure in den Phasen des Policy-Zyklus, in denen es um die Definition eines Problems oder die Ausgestaltung der Politikinhalte geht, an den Handlungsweisen anderer, vielfach „benachbarter“ Entscheidungsträger orientieren.⁶ Übertragen auf das Verhalten der Wähler bei der Formulierung ihrer Koalitionspräferenzen impliziert dies, dass sich die Wähler das von den Parteien im Koalitionsbildungsprozess an den Tag gelegte Verhalten zu eigen machen und Parteienkombinationen bevorzugen, die den empirisch wahrgenommenen Mustern der Regierungsbildung entsprechen. Mit Blick auf Deutschland wären dies – empirischen

5 Vergleiche etwa Arzheimer/Schoen 2005; Pappi/Brandenburg 2010; Debus 2012 b; Müller/Debus 2012.

6 Vergleiche Sabatier 1993; Hall 1993; Biegelbauer 2007; Knill/Holzinger/Jörgens 2007; Knill/Tosun 2012: 253 ff.

Studien zur Regierungsbildung auf nationaler wie regionaler Ebene zufolge⁷ – sogenannte „kleine Gewinnkoalitionen“⁸: Parteikombinationen, die die stärkste Parlamentsfraktion einschließen, und potenzielle Koalitionen, die auf zentralen Politikfeldern inhaltlich große Schnittmengen aufweisen. Darüber hinaus nehmen wir – ausgehend vom empirisch messbaren Amtsinhabervorteil im Koalitionsspiel nach der Wahl (Franklin/Mackie 1983; Bäck/Dumont 2007; Martin/Stevenson 2010) – an, dass Koalitionen, die nur aus Regierungs- oder Oppositionsparteien bestehen, mit größerer Wahrscheinlichkeit von den Wählern präferiert werden. Dies bedeutet nicht, dass Wähler sich dieser, sich aus den Theorien der Regierungsbildung ergebenden, abstrakten Eigenschaften potenzieller Koalitionen bewusst sind. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sie auf Basis erlebter Regierungsbildungen Gemeinsamkeiten und typische Eigenschaften von Koalitionen abstrahieren. So nehmen Wähler vermutlich wahr, dass Koalitionen ohne parlamentarische Mehrheit ebenso wie Allparteienregierungen in Deutschland sehr ungewöhnlich sind, so dass sie in der Folge nur selten entsprechende Parteikombinationen präferieren (siehe auch Lupia/McCubbins 1998).

Ausgehend von den Faktoren, die die Koalitionsbildung in Deutschland maßgeblich prägen, leiten wir die folgenden Hypothesen hinsichtlich der Bestimmungsfaktoren der Koalitionspräferenzen der Wähler ab:

- Eine Parteienkombination sollte von den Wählern bevorzugt werden,
- H3 a: wenn sie die Kriterien einer kleinen Gewinnkoalition erfüllt;
- H3 b: wenn sie die stärkste Partei im Parlament umfasst;
- H3 c: wenn sie über eine inhaltlich geringe programmatische Distanz verfügt, und
- H3 d: wenn sie mit der parteipolitischen Zusammensetzung von Regierung und Opposition in der auslaufenden Legislaturperiode übereinstimmt.

Ein Faktor, der sowohl aus wahlsoziologischer Perspektive als auch mit Blick auf das Erlernen der Muster von Koalitionsbildungen einen eigenständigen und entscheidenden Effekt auf die Bewertung möglicher Regierungen haben sollte, sind die Koalitionsaussagen der Parteien: Während vor einer Wahl seitens der Parteien ausgeschlossene Koalitionsoptionen fast nie nach einer Wahl gebildet werden, steigt die Chance auf Bildung einer Regierungskoalition in Deutschland wie auch in anderen parlamentarischen Demokratien deutlich an, wenn die beteiligten Parteien

7 Vergleiche Saalfeld 2000; Rudzio 2002; Pappi/Becker/Herzog 2005; Bräuninger/Debus 2008, 2012; Pappi/Stoffel/Seher 2009.

8 Aufbauend auf von Neumann und Morgenstern (1944) werden unter „kleinen“ oder „minimalen Gewinnkoalitionen“ Parteikombinationen verstanden, die ihre parlamentarische Mehrheit verlieren, sobald eine Partei die Koalition verlässt.

eine Vorwahlkoalition gebildet haben.⁹ Dieser Zusammenhang sollte auf zwei Arten auf die Koalitionspräferenzen der Wähler wirken: Zum einen sollten Wähler, die einer Partei zuneigen, einem von dieser Partei kommunizierten Wunsch nach Bildung spezifischer Koalitionen besondere Aufmerksamkeit schenken (Pappi/Gschwend 2005; Linhart 2007; Bytzek u. a. 2012). Zum anderen sollten Vorwahlkoalitionen für alle Wähler herausgehobene Alternativen darstellen, da sie im Vorfeld der Wahl explizit diskutiert bzw. von Parteien und Medien gegeneinander abgewogen werden. Dies sollte in ähnlichem Maße für Koalitionen gelten, die von beteiligten Parteien ausgeschlossen werden und von vielen Wählern nicht mehr als Teil des Möglichkeitsraums betrachtet werden. Die daraus ableitbaren Hypothesen sind:

H4 a: Wenn eine Parteienkombination im Vorfeld einer Wahl von den beteiligten Parteien als präferierte Zusammensetzung der Regierung genannt wird, dann steigt die Chance, dass diese potenzielle Koalition von den Wählern bevorzugt wird, an.

H4 b: Wenn eine Parteienkombination im Vorfeld einer Wahl von mindestens einer der beteiligten Parteien ausgeschlossen wird, dann sinkt die Chance, dass diese potenzielle Koalition von den Wählern bevorzugt wird.

Grundsätzlich sollten unsere Erwartungen für alle Wahlen in Deutschland gelten. Nun sind aber manche Bundesländer in größerem Ausmaß vom Regieren in Koalitionen geprägt als andere. So variiert für die Jahre 1946 bis 2005 der Anteil des Zeitraums, in dem Einparteienregierungen über parlamentarische Mehrheiten verfügten, zwischen null in Berlin und Sachsen-Anhalt und 92,5% in Sachsen (Schniewind 2008: 132). Die bereits hier deutlich werdenden Unterschiede hinsichtlich der „Koalitionskultur“ sollten sich – wiederum unter Rückgriff auf die Literatur zum „Lernen“ im politischen Prozess und auch im Hinblick auf den Grad des politischen Wissens¹⁰ – insofern auf das Verhalten der Wähler auswirken, als dass Wähler in von Koalitionsregierungen geprägten Bundesländern eher in der Lage sein sollten, die Muster der Koalitionsbildung und des Regierens in Koalitionen zu antizipieren als Wähler in Ländern, die selten oder über einen längeren Zeitraum nicht von Mehrparteienregierungen regiert wurden. So sollten dem Elektorat in solchen Bundesländern, die zuletzt von Koalitionen regiert wurden, etwa durch die Berichterstattung über das alltägliche Regierungsgeschäft die empirischen Merkmale der sich typischerweise (nicht) bildenden Regierungen eher bewusst sein, so dass diese

9 Vergleiche Martin/Stevenson 2001; Golder 2005, 2006; Geys/Heyndels/Vermeir 2006; Debus 2007, 2009.

10 Vergleiche etwa Luskin 1990; Popkin/Dimock 1999; Westle 2005; Westle/Johann 2010.

Merkmale in stärkerem Ausmaß auf die Herausbildung der Koalitionspräferenzen einwirken sollten. Wir postulieren daher folgende Erwartung:

H5: Die Faktoren, die die Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern maßgeblich prägen, haben eine größere Erklärungskraft hinsichtlich der Präferenzen der Wähler, wenn eine längere Zeitperiode vor einer Landtagswahl vom Regieren in einem Mehrparteienbündnis gekennzeichnet war.

c) Entscheidungsfindung von Wählern und Parteien im deutschen Mehrebenensystem

Weitere Erwartungen hinsichtlich der variierenden Erklärungskraft der von uns identifizierten Determinanten von Koalitionspräferenzen ergeben sich aus der Diskussion um den „mid-term loss“. Diese Debatte wird in international vergleichender Perspektive – etwa am Beispiel der „Zwischenwahlen“ in den USA oder auch der Nachwahlen zum britischen Unterhaus (vgl. Miller/Mackie 1973; Tufté 1975; Erikson 1988) – seit langem geführt und betrifft vor allem politische Systeme, die durch die Existenz mehrerer Ebenen der Entscheidungsfindung gekennzeichnet sind. Für Deutschland hat sich eine daran anschließende Debatte über das individuelle Wahlverhalten auf Landesebene und insbesondere dessen Konsequenzen für Parteienwettbewerb und legislative Aktivität im deutschen Bikameralismus entwickelt (vgl. etwa Bräuninger/König 1999; König 2001; Manow/Burkhart 2007). Zentrales Ergebnis empirischer Studien, die sich den Merkmalen von Landtagswahlen auf Aggregatdatenebene nähern, ist, dass Parteien, die die Bundesregierung tragen, zumindest im Zeitraum bis 1990 – insbesondere in der Mitte einer Legislaturperiode – auf Landesebene schlechter abschneiden.¹¹ Parteien, die sich auf Bundesebene in der Opposition befinden oder nur auf Landesebene antreten, gewinnen hingegen an Stimmen hinzu. Zurückgeführt wird dieser auf Aggregatebene beobachtbare „mid-term loss“ oder „second-order“-Effekt vor allem auf ein „Abstrafen“ der Bundesregierung: Unzufriedene Wähler der Regierungsparteien enthalten sich bei Nebenwahlen oder geben ihre Stimme einer anderen Partei. Eine systematische Überprüfung dieses Zusammenhangs auf der Ebene des individuellen Wahlverhaltens ist bisher allerdings kaum erfolgt (siehe jedoch Völkl u. a. 2008; Müller/Debus 2012). Dies ist insbesondere auf Unklarheiten dahingehend zurückzuführen, welche Faktoren bei Nebenwahlen weniger prägend sein sollten.

Angesichts der bisherigen Ergebnisse und der Schwierigkeit, die Spezifika individuellen Wahlverhaltens bei Nebenwahlen zu analysieren, stellt die Untersuchung

11 Vergleiche Dinkel 1977; Jeffery/Hough 2001; Decker/von Blumenthal 2002; Burkhart 2005; Kern/Hainmueller 2006.

der im Vorfeld von Landtagswahlen bestehenden Koalitionspräferenzen eine interessante Möglichkeit dar, die nachgeordnete Bedeutung des Parteienwettbewerbs auf sub-nationaler Ebene zu analysieren. Erwartungen hinsichtlich der Bestimmungsfaktoren der Koalitionspräferenzen der Wähler lassen sich dabei direkt aus der Literatur zu Nebenwahlen ableiten. So kann vermutet werden, dass sich die Wähler – wenn Landtagswahlen und damit das an den Tag gelegte Wahlverhalten bundespolitisch durchdrungen sind – bei der Herausbildung ihrer Koalitionspräferenzen stärker an den Mustern des Parteienwettbewerbs auf Bundesebene als an demjenigen auf Landesebene orientieren. Wenn dies der Fall ist, dann sollte sich empirische Evidenz für den folgenden Zusammenhang ergeben:

H6: Wenn Landtagswahlen Nebenwahlen sind und sich demnach die Vorstellung der Wähler vom politischen Wettbewerb eher an der Bundespolitik orientiert, dann sollten bundespolitische Maße eine größere Erklärungskraft hinsichtlich der Koalitionspräferenzen der Wähler haben als Faktoren, die sich aus den partei- und koalitionspolitischen Mustern im jeweiligen Bundesland ergeben.

Konkret sollten, wenn sich die Wähler eher am bundes- als am landespolitischen Parteienwettbewerb orientieren, im Vorfeld von Landtagswahlen bestehende Koalitionspräferenzen beispielsweise eher von den programmatischen Positionen der Bundesparteien und den sich aus ihnen ergebenden Distanzen zwischen den potenziellen Koalitionsparteien geprägt sein als von der programmatischen Ausrichtung der jeweiligen Landesverbände. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass Ähnliches für die Zusammensetzung von Parlamenten und Regierungen gilt: Wähler sollten die Wünschbarkeit und Wahrscheinlichkeit einzelner Koalitionen eher auf Basis der Stärkeverhältnisse der Parteien im Bundestag und des auf Bundesebene bestehenden Gegensatzes von Regierungs- und Oppositionslager beurteilen.

Um die aufgeworfenen Hypothesen zu testen, bedarf es einer Fülle von Daten, die Informationen zu den Koalitionspräferenzen, sozialstrukturellen Eigenschaften sowie politischen Einstellungen der Wähler einerseits und den Mustern von Parteienwettbewerb und Regierungsbildung auf Bundes- wie Landesebene andererseits umfassen. Die im Rahmen dieser Untersuchung herangezogenen Daten sowie das methodische Vorgehen werden im folgenden Abschnitt diskutiert.

3. Daten und methodisches Vorgehen

Wir testen unsere Erwartungen hinsichtlich der Determinanten der Koalitionspräferenzen von Wählern mit Hilfe von 78 Wahlstudien, die zwischen 1990 und 2009 im Vorfeld deutscher Landtagswahlen durchgeführt wurden. Dies hat den Vorteil,

dass die Logik, die dem Parteienwettbewerb und der Koalitionsbildung zugrunde liegt, über alle Wahlen hinweg ähnlich ist, während zugleich der politische Kontext variiert. So unterscheiden sich beispielsweise die Zusammensetzung der Landesregierungen und die Programmatik der Parteien zwischen den Bundesländern, während beide Faktoren bei allen Wahlen ähnlich auf die Koalitionsbildung wirken (vgl. Bräuninger/Debus 2008, 2012). Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass beinahe alle Befragungen im Untersuchungszeitraum die Fragen beinhalten, die zur Überprüfung unserer Erwartungen benötigt werden. Beispielsweise werden Fragen zur Parteibindung, zu sozialstrukturellen Merkmalen und eben zur präferierten Koalition gestellt. Darüber hinaus werden die relevanten Fragen in jeweils sehr ähnlicher Form formuliert. Auf Basis dieser Befragungen haben wir einen Datensatz erstellt, der Informationen zu den Koalitionspräferenzen der Wähler abdeckt. Dies ist in großen Teilen der Arbeit einer Forschergruppe zu verdanken, die alle Landtagswahlstudien, die zwischen 1962 und 2004 durchgeführt wurden, in einen Datensatz integriert hat (ZA-Nr. 4182; vgl. für eine Übersicht Brislinger/Schnapp 2008), welcher von GESIS dankenswerterweise zugänglich gemacht wird. Wir haben diesen Datensatz um 18 Befragungen ergänzt, die nach 2004 durchgeführt wurden.¹²

Um den Einfluss der dominanten Muster der Regierungsbildung auf die Wähler und die von ihnen entwickelten Koalitionspräferenzen untersuchen zu können, ergänzen wir die beschriebenen Umfragedaten um Informationen hinsichtlich aller möglichen Koalitionen, die sich seit Januar 1990 in Deutschland auf Landesebene hätten bilden können. Der entsprechende Datensatz umfasst nicht nur die Sitzanteile der Parteien und die sich daraus ergebenden Merkmale möglicher Regierungen, sondern enthält auch Informationen zur Programmatik der Landesverbände und ihren vor der Wahl erklärten Präferenzen hinsichtlich präferierter und ausgeschlossener Koalitionspartner.

Unsere abhängige Variable – die von einem Befragten präferierte Koalition – basiert auf einer offenen Frage, die in beinahe jeder nach 1990 durchgeführten Wahlstudie enthalten ist. Lediglich bei den Befragungen im Vorfeld der bayerischen

12 Diese Datensätze wurden uns ebenfalls von GESIS zur Verfügung gestellt. Es handelt sich hierbei um die Wahlstudien zu folgenden Landtagswahlen: aus dem Jahr 2005 die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (ZA-Nr. 4394) und Nordrhein-Westfalen (ZA-Nr. 4396), aus 2006 die Wahlen zu den Landesparlamenten in Berlin (ZA-Nr. 4405), Baden-Württemberg (ZA-Nr. 4399), Mecklenburg-Vorpommern (ZA-Nr. 4511), Rheinland-Pfalz (ZA-Nr. 4401) und Sachsen-Anhalt (ZA-Nr. 4403), aus 2007 die Wahl zur Bremer Bürgerschaft (ZA-Nr. 4745), aus 2008 die Wahlen zu den Landtagen Bayerns (ZA-Nr. 4870), Hamburgs (ZA-Nr. 4858), Hessens (ZA-Nr. 4866) und Niedersachsens (ZA-Nr. 4864) sowie aus 2009 Brandenburg (ZA-Nr. 5383), Hessen (ZA-Nr. 5372), Saarland (ZA-Nr. 5379), Sachsen (ZA-Nr. 5377), Schleswig-Holstein (ZA-Nr. 5381) und Thüringen (ZA-Nr. 5375).

Landtagswahlen 1998 und 2003 wurde sie nicht gestellt. Die Frage selbst lautet, je nach Bundesland, in etwa wie folgt: „Falls nach der Landtagswahl keine Partei allein regieren kann, welche Parteien sollten dann Ihrer Meinung nach zusammen die Regierung in [Name des Bundeslands] bilden?“ Die Antworten werden jeweils entlang einer Reihe von Variablen erfasst, die für einzelne Parteien anzeigen, ob diese Teil der präferierten Koalition sind.¹³ Die berücksichtigten Parteien unterscheiden sich dabei zwischen den Befragungen.¹⁴ Dennoch erlaubt die offene Frage nach der präferierten Koalition – eher als die in vielen Wahlstudien ebenfalls enthaltenen Fragen zu einigen wenigen Parteikombinationen – die Konstruktion einer Variable, die die Präferenzen der Wähler über viele Befragungen hinweg abbildet.

Um die Faktoren zu identifizieren, die beeinflussen sollten, wie Wähler mögliche Koalitionen bewerten, greifen wir auf konditionale Logit-Modelle zurück, die insbesondere bei der Analyse von Regierungsbildungsprozessen (vgl. etwa Martin/Stevenson 2001, 2010; Bäck 2003) und des Wahlverhaltens (siehe Alvarez/Nagler 1998; Thurner 2000; Adams/Merrill/Grofman 2005) sehr verbreitet sind. Bei dieser statistischen Analysetechnik ist die Fallzahl nicht allein durch die Anzahl der Umfrageteilnehmer bestimmt. Vielmehr ergibt sich die Zahl der Fälle aus den Alternativen, aus denen ein Befragter wählen kann, und entspricht damit der Summe der Alternativen aller Befragten. Im Rahmen dieses Beitrags stellt jede Kombination von Parteien einen Fall dar. Die Zahl an Wahlmöglichkeiten ergibt sich aus der Menge an Koalitionen, die ein Befragter grundsätzlich präferieren kann. Die Wahlmöglichkeiten ergeben sich dabei aus bis zu zehn Parteien, die entsprechend der Befragungen als mögliche Koalitionspartner zu betrachten sind. Die Menge möglicher Koalitionen ist dabei $2^n - 1 - n$, wobei n der Zahl der Parteien entspricht, die bei der jeweiligen Befragung kodiert wurden.¹⁵ Die abhängige Variable stellt die Entscheidung des Befragten dar und zeigt an, welche Kombination von Parteien vom jeweiligen Befragten präferiert wird.

13 Dabei werden die Fragesteller explizit darauf hingewiesen, dass es sich um eine offene Frage handelt und Koalitionen zu benennen sind („Befragter muss mindestens zwei Parteien nennen!“). Natürlich gilt es zu berücksichtigen, dass durch die Stellung der Frage und deren Framing („Falls nach der Landtagswahl keine Partei allein regieren kann...“) die Befragten dahingehend beeinflusst werden, eher solche Parteikombinationen zu nennen, die wahrscheinlich über eine Mehrheit im Parlament verfügen.

14 Erfasst werden auch „Sonstige“, so diese Teil der vom Befragten präferierten Koalition sind. In unserer Untersuchung können diese Koalitionen allerdings nicht sinnvoll berücksichtigt werden.

15 Die Zahl möglicher Kombinationen von n Elementen ist 2^n . Jedoch schließen wir das Szenario, in dem keine Regierung gebildet wird, ebenso wie alle n Konstellation, in denen Einparteienregierungen gebildet werden, aus unserem Set möglicher Kombinationen von Parteien aus, da aus diesen Konstellationen keine Erkenntnisse hinsichtlich präferierter Koalitionen abgeleitet werden können.

Unter Rückgriff auf Wahlstudien, die Programmatik der Parteien und Informationen hinsichtlich der Merkmale möglicher Koalitionen haben wir eine Reihe von Variablen generiert, um unsere Erwartungen zu überprüfen. Den Einfluss einer eventuell bestehenden subjektiven Parteinähe (H1) und der mit der sozialen Gruppenzugehörigkeit verbundenen Interessenlage auf die Koalitionspräferenzen der Wähler (H2) untersuchen wir mit Hilfe zweier Variablen. Zum einen generieren wir eine Dummy-Variable, die den Wert „1“ annimmt, wenn die Partei, mit der sich der jeweilige Wähler identifiziert, Teil der möglichen Koalition ist. Zum anderen haben wir auf Grundlage von Informationen bezüglich der Zugehörigkeit der Befragten zu sozialen Gruppen eine weitere Variable generiert. Diese Dummy-Variable nimmt den Wert „1“ an, wenn die Interessen einer sozialen Gruppe, der der Befragte angehört, durch eine Partei vertreten werden, die Teil der möglichen Koalition ist. Dabei berücksichtigen wir die folgenden Beziehungen zwischen sozialen Gruppen und Parteien: (1) Katholiken und Christdemokraten, (2) Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder als traditionelle Unterstützer der SPD und (3) Selbständige und Liberale (vgl. etwa Pappi/Brandenburg 2010). Wenn beispielsweise ein Wähler Katholik ist, dann erwarten wir entsprechend unserer zweiten Hypothese, dass er alle Koalitionen bevorzugt, die CDU bzw. CSU einschließen, da die Christdemokraten in Deutschland sich traditionell als Vertreter der Interessen der römisch-katholischen Kirche und ihrer Mitglieder verstehen.¹⁶

Die Hypothesen 3 a bis 3 d testen wir mit Hilfe von vier Variablen, wobei wir hier – um unsere sechste Hypothese testen zu können – für alle möglichen Koalitionen jeweils eine Variante für Bundes- und Landesebene ermitteln. Dabei ziehen wir die im Bundestag zum Zeitpunkt der Landtagswahl bestehende Sitzverteilung bzw. die im jeweiligen Länderparlament nach der Wahl bestehende Sitzverteilung heran.¹⁷ Zunächst generieren wir zwei Dummy-Variablen, die anzeigen, ob eine Kombination von Parteien die Kriterien einer kleinen Gewinnkoalition erfüllt (H3 a) bzw. ob sie die stärkste Partei im Parlament umfasst (H3 b). Darüber hinaus bestimmen wir die programmatischen Distanzen zwischen den beiden extremen Parteien, die Teil der jeweiligen Koalition sind (H3 c). Hierbei greifen wir auf die programmatischen Positionen der Parteien auf Bundes- und Landesebene zurück, die mit Hilfe einer Analyse der Wahlprogramme auf der Grundlage des *Wordscores*-Verfahrens (Laver/Benoit/Garry 2003) für die Parteien im deutschen Mehrebenensystem ermittelt

16 Ist ein Befragter römisch-katholischer Konfession und gehört der Berufsgruppe der Arbeiter an, dann sollte er Koalitionen präferieren, die die Union und/oder die Sozialdemokraten umfassen.

17 Die Heranziehung der Sitzverteilung im neu gewählten Landtag geschieht vor dem Hintergrund, dass diese den im Vorfeld der Landtagswahl publizierten Umfragen im Regelfall näher kommt als das Wahlergebnis und die sich daraus ergebende Sitzverteilung zur vorhergehenden Landtagswahl.

wurden (für eine ausführlichere Darstellung der verwendeten Daten vgl. Bräuninger/Debus 2012: 45-52).¹⁸

Um die Bedeutung des Gegensatzes zwischen Regierung und Opposition bei der Wahrnehmung des politischen Wettbewerbs und damit bei der Ausbildung von Präferenzen möglicher Regierungen zu ermitteln (H3 d), erstellen wir eine Dummy-Variable, die den Wert „1“ annimmt, wenn eine mögliche Koalition sich aus Regierungs- und Oppositionsparteien zusammensetzt. Dabei werden Parteien, die vor der Wahl nicht im Landtag bzw. nicht im Bundestag vertreten waren, als Oppositionsparteien verstanden.

Neben den Merkmalen der Koalitionen berücksichtigen wir bei der Analyse der Koalitionspräferenzen der Wähler auch die Haltung der Parteien zu möglichen Koalitionen, die vermutlich die Sicht der Wähler auf einzelne Parteikombinationen stark prägen dürfte. Hierzu haben wir zwei Dummy-Variablen zu den von den Parteien vor der Wahl erklärten Präferenzen hinsichtlich präferierter und ausgeschlossener Koalitionspartner (H4 a und H4 b) erstellt. Die erste Variable nimmt die Ausprägung „1“ an, wenn die Parteien, die Teil einer möglichen Koalition sind, vor der Wahl signalisiert haben, dass sie eine Koalition bilden wollen. Die zweite Variable ist mit „1“ codiert, wenn eine mögliche Koalition Parteien umfasst, von denen mindestens eine vor der Wahl die Bildung der entsprechenden Koalition ausgeschlossen hatte.¹⁹

Um zu überprüfen, inwieweit das Vorhandensein einer „Koalitionskultur“ den Effekt einzelner erklärender Variablen auf die Koalitionspräferenzen der Wähler beeinflusst (H5), haben wir zudem eine Variable erstellt, die anzeigt, ob das jeweilige Bundesland zuletzt von Koalitionen regiert wurde. Entsprechend unserer Annahme, dass dem Elektorat in den Bundesländern, die (verstärkt) durch das Regieren in Koalitionen gekennzeichnet sind, die empirischen Merkmale der sich typischer-

18 Liegt für eine Partei für eine Wahl kein Dokument vor, das für eine Inhaltsanalyse geeignet ist, wurde grundsätzlich der Mittelwert der für die jeweilige Partei für andere Wahlen ermittelten Positionen verwendet. Für die DVU, die NPD, Die Republikaner und die Partei Rechtsstaatlicher Offensive wurden in Ermangelung geeigneter Texte Werte entsprechend der von Benoit und Laver (2006) durchgeführten Expertenbefragung verwendet. Weitere Ausnahmen ergeben sich für die folgenden Parteien: Die Konservativen/Bremen muß leben (hier wurde die Position der Republikaner angenommen) sowie das Neue Forum und die Wählervereinigung „Regenbogen – Für eine neue Linke“ (hier wurde die mittlere Position von Bündnis 90/Die Grünen herangezogen).

19 Offensichtlich schließen Parteien nur Koalitionen aus, die sie mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse für grundsätzlich möglich halten. Koalitionen, die sehr kleine Parteien einschließen, werden kaum ausgeschlossen; ähnliches gilt sehr häufig für Koalitionen aus mehr als zwei Parteien. Aus diesem Grund haben wir die Haltung der Parteien zu möglichen Koalitionen wie folgt erweitert: Wenn beispielsweise die SPD und die PDS eine Zusammenarbeit nach der Wahl ausschließen, betrachten wir alle möglichen Koalitionen, die beide Parteien einschließen, als a priori abgelehnt.

weise bildenden Regierungen bewusst sind, identifiziert diese Variable Wahlen, die auf zwei oder mehr Legislaturperioden folgen, in denen im jeweiligen Bundesland keine Koalition regiert hat.

Zudem werden in den Regressionsmodellen zwei Variablen berücksichtigt, die für den zu erwartenden Wahlerfolg der an einer Koalition beteiligten Parteien kontrollieren. Zum einen haben wir eine Variable generiert, die es erlaubt, die Einschätzung der Wähler bezüglich des Erfolgs der Parteien zu berücksichtigen. Da es unwahrscheinlich erscheint, dass eine präferierte Koalition Parteien einschließt, deren Einzug in das Parlament der Wähler selbst für unwahrscheinlich hält, haben wir eine Dummy-Variable generiert, die den Wert „1“ annimmt, wenn die entsprechende Koalition mindestens eine Partei umfasst, von der ein Befragter annimmt, dass sie nicht ins Parlament einziehen wird. Diese Variable basiert auf einer Reihe von Fragen, entsprechend der die Befragten gebeten werden einzuschätzen, ob eine Partei die Fünfprozenthürde überspringt.²⁰ Wenn ein Befragter bei zumindest einer Partei, die Teil einer möglichen Koalition ist, glaubt, dass sie weniger Stimmen als notwendig erhält, sollte es unwahrscheinlicher sein, dass er diese Parteienkombination als seine präferierte Koalition angibt. Eine weitere, ähnlich gelagerte Kontrollvariable basiert auf der Sitzverteilung in den Parlamenten zum Zeitpunkt der Wahl. Diese Dummy-Variable nimmt den Wert „1“ an, wenn mindestens eine der an einer möglichen Koalition beteiligten Parteien zum Zeitpunkt der Wahl nicht im Parlament vertreten ist.

4. Ergebnisse

Werfen wir, bevor wir uns mit den Determinanten der Koalitionspräferenzen der Wähler befassen, einen Blick auf die abhängige Variable selbst. Insgesamt wurde im Untersuchungszeitraum 82.064 Befragten die Frage nach der von ihnen präferierten Koalition gestellt. Von diesen benannten 65.939 und damit 80,4% aller Befragten eine Parteienkombination. Unter diesen Befragten präferierten wiederum 65.705 Befragte eine Koalition, die keine derjenigen Parteien umfasst, die in die Kategorie „Sonstige“ fällt.

20 Leider wurden nicht für alle Parteien, die Teil einer möglichen Koalition sein können, die Erfolgsaussichten abgefragt. Die Wahlstudien beschränken sich meist auf Parteien, die zwischen zwei und zehn Prozent der Stimmen erhalten. Dennoch ergibt sich unter Berücksichtigung dieser Variable ein realistischerer Blick auf die Menge an Koalitionen, aus denen der Befragte auswählt.

Tabelle 1: Präferierte Koalitionen in den deutschen Bundesländern zwischen 1990 und 2009

Koalition	Häufigkeit der Nennungen	
SPD – Bündnis 90/Die Grünen	15.984	24,3%
CDU/CSU – SPD	15.775	24,0%
CDU/CSU – FDP	15.557	23,7%
SPD – FDP	5.235	8,0%
SPD – PDS	4.075	6,2%
CDU/CSU – Bündnis 90/Die Grünen	2.234	3,4%
SPD – Bündnis 90/Die Grünen – PDS	1.013	1,5%
SPD – Bündnis 90/Die Grünen – FDP	711	1,1%
CDU/CSU – PDS	641	1,0%
CDU/CSU – SPD – FDP	557	0,9%
CDU/CSU – SPD – Bündnis 90/Die Grünen	423	0,6%
Bündnis 90/Die Grünen – PDS	370	0,6%
CDU/CSU – Bündnis 90/Die Grünen – FDP	279	0,4%
Bündnis 90/Die Grünen – FDP	204	0,3%
CDU/CSU – SPD – Bündnis 90/Die Grünen – FDP	161	0,3%
Sonstige Kombinationen (199)	2.486	3,7%
Summe	65.705	100,0%

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der in Fußnote 12 genannten und von GESIS zur Verfügung gestellten Datensätze.

Einen Überblick über die präferierten Koalitionen im Zeitraum von 1990 bis 2009 gibt Tabelle 1. Dargestellt werden nur die 15 beliebtesten Kombinationen aus zwei oder mehr Parteien, wobei deutlich wird, dass die große Mehrheit der Befragten – über 96% – eine der aufgeführten Koalitionen präferiert. Dabei werden die fünf im Untersuchungszeitraum am häufigsten gebildeten Koalitionen auch von 86% der Wähler bevorzugt. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Frage nach den Parteien, die eine Regierung bilden sollen, wenn keine Partei über eine absolute Mehrheit verfügt, vor dem Hintergrund der jeweiligen dominierenden Muster des

Parteienwettbewerbs beantwortet wird.²¹ Neben den 15 meistgenannten Koalitionen gibt es 199 weitere Koalitionen, die von mindestens einem Befragten präferiert wurden. Darunter finden sich insbesondere Koalitionen, die Parteien wie die Statt Partei oder die WASG einschließen, welche nur selten zur Wahl standen, aber auch einige mit Blick auf ihre Stimmenanteile und ideologisch-programmatischen Differenzen ausgesprochen unwahrscheinlich erscheinende Kombinationen.

Neben der Häufigkeit, mit der einige wenige Kombinationen von Parteien genannt werden, fällt ins Auge, dass zwei Kombinationen, die insbesondere in den letzten Jahren häufig diskutiert wurden, von nur sehr wenigen Wählern als künftige Regierung bevorzugt werden. Dies gilt zum einen für die „Ampelkoalition“ aus SPD, Grünen und FDP, die von nur rund einem Prozent der Befragten und damit kaum häufiger als ein Bündnis aus Christdemokraten und der PDS als künftige Koalitionsregierung genannt wird. Ein ähnliches Bild ergibt sich im Fall der sogenannten „Jamaika-Koalition“ aus CDU/CSU, Grünen und Liberalen. Beide Koalitionen mögen angesichts spezieller Sitzverhältnisse im Parlament möglich oder notwendig sein, die bevorzugte Regierungskoalition stellen sie jedoch nur für einen Bruchteil der Wähler dar.

Mittels welcher Faktoren lassen sich die Koalitionswünsche der Wähler erklären? In unseren theoretischen Überlegungen hatten wir argumentiert, dass neben Variablen, die gängiger Weise zur Ermittlung der Determinanten des Wahlverhaltens herangezogen werden, auch die dominanten Eigenschaften der Regierungskoalitionen in Deutschland sowie Aspekte des politischen Lernens und Wissens eine Rolle spielen sollten. Zudem wurde die Erwartung aufgestellt, dass – wenn sich die Vorstellung der Wähler vom politischen Wettbewerb an der Bundespolitik orientiert – Parteienwettbewerb und Koalitionspolitik auf Bundesebene für die Erklärung der Koalitionspräferenzen der Wähler bei Landtagswahlen von größerer Bedeutung sein sollten als die partei- und koalitionspolitischen Muster, die im jeweiligen Bundesland vorliegen.

21 Da die in den Landtagswahlstudien gewählte Frage zu den präferierten Koalitionen suggeriert, dass es um die Bildung von Mehrheiten geht, könnte das Antwortverhalten der Befragten dahingehend beeinflusst werden, dass Parteienkombinationen mit geringen oder keinen Aussichten auf eine parlamentarische Mehrheit nicht genannt werden.

Tabelle 2: Merkmale möglicher und präferierter Koalitionen in den deutschen Bundesländern zwischen 1990 und 2009

	Mögliche Koalitionen	Präferierte Koalitionen
# Koalitionen	5.587.511	65.705
Parteieneigung	0,526	0,936*
Soziale Gruppenzugehörigkeit	0,311	0,421*
Kleine Gewinnkoalition	0,192	0,472*
Kleine Gewinnkoalition (Bund)	0,183	0,452*
Größte Partei	0,528	0,707*
Größte Partei (Bund)	0,530	0,595*
Distanz innerhalb der Koalition	10,761	3,462*
Distanz innerhalb der Koalition (Bund)	13,735	4,781*
Regierungslager übergreifende Koalition	0,681	0,557*
Regierungslager übergreifende Koalition (Bund)	0,781	0,548*
Vorwahlkoalition	0,004	0,173*
Ausgeschlossene Koalition	0,420	0,098*
Wahrscheinlich nicht erfolgreiche Partei enthalten	0,397	0,071*
Nicht im Parlament vertretene Partei enthalten	0,849	0,198*
Nicht im Parlament vertretene Partei enthalten (Bund)	0,777	0,034*

Anmerkungen: * Unterschied hinsichtlich der Mittelwerte (t-Test) zwischen möglichen und präferierten Koalitionen ist signifikant auf dem 1%-Niveau.

Die Ergebnisse der bivariaten Analysen (Tabelle 2) wie auch des ersten Regressionsmodells in Tabelle 3, in dem die erklärenden Variablen auf der Basis der Muster von Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung im jeweiligen Bundesland erstellt wurden, ergibt weitgehend Evidenz für unsere Erwartungen. Eine statistisch signifikante Rolle bei der Herausbildung eines Koalitionswunsches spielen die Parteiidentifikation und die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe (Katholiken, Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder und Selbstständige), die ein zentrales Wählersegment von Union, SPD bzw. FDP darstellen: Ein Befragter wünscht sich eine solche Koalition, die die Partei einschließt, mit der er sich identifiziert oder die seine Interessenvertretungspartei umfasst. Es zeigen sich aber auch Effekte der Variablen, die die Eigenschaften von in Deutschland typischen Koalitionen widerspiegeln. So präferieren Befragte auch solche Koalitionen, die die Eigenschaften einer kleinen Ge-

winnkoalition erfüllen und die über eine möglichst geringe ideologische Distanz verfügen. Jedoch gibt es – unter Kontrolle weiterer Einflussgrößen – keine empirische Evidenz dafür, dass die Befragten eher Koalitionen präferieren, die die bislang im Landesparlament stärkste Partei umfassen. Zudem haben Koalitionen, die sowohl momentane Regierungs- als auch Oppositionsparteien umfassen, eine signifikant geringere Chance, von den Wählern als nächste Regierungskoalition bevorzugt zu werden. Dies zeigt, dass sich die Wähler durchaus an den typischen Mustern der Regierungsbildung in den deutschen Bundesländern im Hinblick auf ihren Koalitionswunsch orientieren. Besonders eindrücklich wird dies am deutlich positiven bzw. negativen Effekt von Vorwahlkoalitionen und vorab ausgeschlossenen Koalitionsvarianten. Sowohl die bivariaten, in Tabelle 2 präsentierten Ergebnisse als auch die Resultate der in Tabelle 3 aufgeführten Regressionsanalysen zeigen, dass Vorwahlkoalitionen eher präferiert werden, während es unwahrscheinlich ist, dass sich ein Wähler eine Koalition wünscht, die von den Parteien im Vorfeld der Wahl ausgeschlossen wurde. Ein ähnlicher Effekt kennzeichnet solche Koalitionen, die mindestens eine Partei umfassen, die zum Zeitpunkt der Wahl oder in der Erwartung des Wählers parlamentarisch nicht vertreten ist. In der Summe wird deutlich, dass politisches Wissen bei der Herausbildung individueller Koalitionspräferenzen eine große Rolle spielt. Modell 1 vermag es – insgesamt betrachtet –, die Koalitionspräferenzen von 48% der Befragten korrekt vorauszusagen.

Wird zwischen solchen Bundesländern unterschieden, die vom Regieren in Koalitionen geprägt sind oder im Zeitraum von zwei oder mehr direkt zurückliegenden Legislaturperioden von keiner Koalition regiert wurden, so ergibt sich laut den Modellen zwei und drei eine deutlich unterschiedliche Erklärungskraft der hier berücksichtigten erklärenden Variablen. Während Modell zwei, das nur die Befragten aus solchen Bundesländern berücksichtigt, die stark vom Regieren in Koalitionen geprägt sind, knapp 52% der Koalitionswünsche der Wähler korrekt abbildet, sind es bei Modell drei nur rund 42%. Diese Werte wie auch die weiteren Modellgütekriterien wie das Pseudo R^2 , die Log pseudolikelihood oder Akaike's Information Criteria (AIC) deuten darauf hin, dass ein politischer Lern- und Wissenseffekt bei der Herausbildung von Koalitionswünschen vorliegt: Wenn Bundesländer stärker durch das Regieren in Koalitionen geprägt sind, dann scheint es, als ob sich dies auf das Verständnis der Wähler auswirkt und diese sich zu einem großen Ausmaß an den etablierten Mustern des Regierens in Koalitionen orientieren, wenn sie eine Angabe zu ihrer gewünschten Regierungskoalition machen. Auch in den Signifikanzniveaus einiger Variablen unterscheiden sich die Modelle 2 und 3: So ergibt sich in den kaum durch Mehrparteienregierungen gekennzeichneten Bundesländern kein

Tabelle 3: Determinanten der Koalitionspräferenzen in Deutschland

	Modell 1: Landespolitik	Modell 2: Länder mit „Koalitions- erfahrung“ ^c	Modell 3: Länder ohne „Koalitions- erfahrung“ ^c	Modell 4: Bundespolitik
Parteineigung (Dummy)	2,91*** (0,07)	2,88*** (0,08)	2,84*** (0,13)	2,82*** (0,06)
Soziale Gruppenzugehörigkeit (Dummy) ^a	0,16 (0,06)	0,19* (0,07)	0,06 (0,12)	0,29*** (0,05)
Kleine Gewinnkoalition (Dummy) ^a	0,84*** (0,12)	0,81*** (0,13)	0,91* (0,29)	0,64*** (0,08)
Größte Partei (Dummy) ^a	0,12 (0,11)	-0,02 (0,10)	-0,34 (0,24)	-0,55*** (0,12)
Distanz innerhalb der Koalition ^a	-0,38*** (0,03)	-0,32*** (0,03)	-0,50*** (0,05)	-0,32*** (0,01)
Regierungslager übergreifende Koalition (Dummy) ^a	-0,63*** (0,11)	-0,76*** (0,12)	0,31 (0,16)	-0,20 (0,09)
Vorwahlkoalition (Dummy)	1,17*** (0,20)	0,93*** (0,20)	2,54*** (0,32)	0,99*** (0,18)
Ausgeschlossene Koalition (Dummy)	-0,79*** (0,20)	-1,18*** (0,19)	-0,17 (0,32)	-0,50** (0,14)
Wahrscheinlich nicht erfolgreiche Partei enthalten (Dummy)	-1,50*** (0,10)	-1,59*** (0,11)	-1,19*** (0,21)	-2,05*** (0,13)
Nicht im Parlament vertretene Partei enthalten (Dummy) ^a	-1,30*** (0,20)	-1,65*** (0,25)	-0,78* (0,25)	-3,33*** (0,21)
N	3.752.465	2.902.778	849.687	3.682.343
N (Wahlen)	72	53	19	68
McFadden's Pseudo R ²	0,563	0,585	0,523	0,621
Log pseudolikelihood	-80.770	-58.315	-21.118	-66.604
AIC	161.560,71	116.649,43	42.256,78	133.227,90
Anteil korrekter Vorhersagen	48,2	51,7	41,7	50,8

Anmerkungen: * = signifikant auf dem 1%-Niveau; ** = signifikant auf dem 0,1%-Niveau; *** = signifikant auf dem 0,01%-Niveau; Standardfehler (in Klammern).

^a In Modell 4 (Bundespolitik) werden bei den entsprechenden Variablen anstelle der landespolitischen Werte die sich durch die Konstellation auf Bundesebene ergebenden Ausprägungen herangezogen.

robuster Effekt mehr für die Variablen, die vorab ausgeschlossene Parteienkombinationen kennzeichnen und die Informationen zur sozialen Gruppenzugehörigkeit eines Befragten umfassen. Der Effekt der lagerübergreifenden Koalition dreht sich

um und ist in Modell 3 signifikant positiv. Dies mag jedoch seine Ursache darin haben, dass infolge einer Alleinregierung einer Partei jede Koalitionsalternative, die diese – bei der vorangegangenen Wahl offensichtlich sehr beliebte – Partei einschließt, Parteien aus den bisherigen Lagern von Regierung und Opposition umfassen muss.

Im vierten Regressionsmodell basieren die Variablen, die die Muster von Parteienwettbewerb und Regierungsbildung anzeigen, nicht auf Informationen zu den Landesverbänden der Parteien und der Zusammensetzung der jeweiligen Landtage und Landesregierungen, sondern auf der Programmatik der Bundesparteien und der jeweils aktuellen parteipolitischen Komposition von Bundestag und Bundesregierung. Damit kann getestet werden, ob die Herausbildung von Koalitionswünschen eher bundespolitisch geleitet ist (was ein Beleg für die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen wäre) oder landespolitischen Mustern des Parteienwettbewerbs folgt. Mit Blick auf die Modellgüte kann zunächst festgehalten werden, dass die Erklärungskraft des vierten, bundespolitische Muster von Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung zugrunde legenden Modells im Vergleich zum ersten leicht besser ist. Dies deutet darauf hin, dass – zumindest bei der Herausbildung von Koalitionspräferenzen – die Bundespolitik nicht nur in Betracht gezogen wird, sondern sogar besser als die landespolitischen Faktoren hilft, die Koalitionswünsche der Wähler zu erklären. Zudem deutet der signifikant negative Effekt der Variable „stärkste Parlamentsfraktion“ darauf hin, dass Befragte die Partei des Bundeskanzlers bzw. der Bundeskanzlerin nicht als Teil der Regierungskoalition im jeweiligen Bundesland sehen wollen. Dieser Effekt ist ein weiterer Indikator für den Einfluss der Bundespolitik auf die Koalitionspräferenzen auf Landesebene, zeigt dieses Ergebnis doch, dass offenbar ein „Abstrafungs-“ oder „Ausbalancierungseffekt“ seitens der Wähler vorliegt, so dass die bundespolitisch stärkste Partei, die im Beobachtungszeitraum von 1990 bis 2009 auch immer an der Bundesregierung beteiligt war und jeweils mit Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel das Amt des Bundeskanzlers besetzte, mit einer signifikant geringeren Chance als Teil einer Landesregierung gewünscht wurde.

5. Schlussfolgerungen

Ziel des vorliegenden Beitrags war die Ermittlung der Determinanten von Koalitionspräferenzen im bundesdeutschen Mehrebenensystem. Auf der Grundlage von Theorien zum individuellen Wahlverhalten, der Regierungsbildung sowie Ansätzen zum politischen Lernen und politischen Wissen haben wir argumentiert, dass die Präferenzen der Wähler nicht nur mittels Faktoren erklärt werden können, die auch

das individuelle Wahlverhalten bestimmen. Vielmehr sollten, so unsere Erwartung, die dominanten Muster der Regierungsbildung in Deutschland auch auf die Entwicklung der Koalitionspräferenzen einwirken, und zwar insbesondere dann, wenn ein Bundesland – und damit die dortigen Wähler – mit den Mustern der Bildung von und des Regierens in Koalitionen häufig konfrontiert werden. Zudem sind wir der Frage nachgegangen, inwiefern die bundespolitische Parteienkonstellation besser zur Erklärung der Koalitionspräferenzen auf Landesebene beiträgt als die entsprechenden landespolitischen Muster von Parteienwettbewerb und Koalitions politik. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass zum einen die Koalitionspräferenzen der Wähler bei deutschen Landtagswahlen in der Tat von den Eigenschaften der gebildeten Regierungskoalitionen abhängen und dies zum anderen stärker der Fall ist, wenn ein Land vom Regieren in Koalitionen besonders stark geprägt ist.

Diese Ergebnisse lassen Anreize für weitere Studien erkennen. So bietet es sich etwa an, der Frage nachzugehen, inwiefern die Koalitionspräferenzen der Wähler einen direkten Einfluss auf das Verhalten der parteipolitischen Akteure im Regierungsbildungsprozess ausüben. Wenn hinter den Koalitionspräferenzen der Wähler auch spezifische Wünsche im Hinblick auf Politikinhalt stehen, dann sollten – unter der Prämisse, dass Parteien das Ziel der Stimmenmaximierung bei der folgenden Wahl verfolgen – vor allem solche Parteienbündnisse als künftige Koalitionsregierungen gebildet werden, die auch auf eine Zustimmung in der Wählerschaft insgesamt oder bei den Anhängern der jeweils beteiligten Parteien stoßen. In einem zweiten Schritt könnte dann untersucht werden, ob die an einer Koalitionsregierung, die von der Mehrheit der Wähler bevorzugt wurde, beteiligten Parteien bei der folgenden Wahl besser abschneiden als solche Parteien, die eine vom Elektorat mehrheitlich gewünschte Regierungskoalition nicht gebildet haben. Zudem bietet es sich an, den Einfluss der Koalitionskultur in einer Region oder einem Bundesland auf das politische Wissen von Wählern – etwa am Beispiel der Adaption der gängigen Muster des Regierungsbildungsprozesses auf die eigenen Koalitionswünsche – genauer zu untersuchen. So kann vermutet werden, dass die Kenntnis über die Muster von landesspezifischem Parteienwettbewerb und Koalitions politik vor allem über die Medien vermittelt wird. Demnach kommt es nicht nur darauf an, dass ein Wähler in einer bestimmten Region lebt, sondern auch, zu welchem Grad er sich politisch informiert.

Literatur

- Adams, James F./Merrill, Samuel/Grofman, Bernard*, 2005: A Unified Theory of Party Competition, Cambridge.
- Alvarez, R. Michael/Nagler, Jonathan*, 1998: When Politics and Models Collide. Estimating Models of Multiparty Elections, in: *American Journal of Political Science* 42, 55-96.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald*, 2005: Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteidentifikation in Deutschland, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 629-654.
- Bäck, Hanna*, 2003: Explaining Coalitions. Evidence and Lessons From Studying Coalition Formation in Swedish Local Government, Uppsala.
- Bäck, Hanna/Dumont, Patrick*, 2007: Combining Large-n and Small-n Strategies: The Way Forward in Coalition Research, in: *West European Politics* 30 (3), 467-501.
- Bargsted, Matias A./Kedar, Orit*, 2009: Coalition-Targeted Duvergerian Voting: How Expectations Affect Voter Choice under Proportional Representation, in: *American Journal of Political Science* 53 (2), 307-323.
- Benoit, Kenneth/Laver, Michael*, 2006: Party Policy in Modern Democracies, London.
- Biegelbauer, Peter*, 2007: Ein neuer Blick auf politisches Handeln: Politiklernansätze im Vergleich, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3, 231-247.
- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc*, 2008: Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern, in: *Politische Vierteljahresschrift* 49, 309-338.
- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc*, 2012: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden.
- Bräuninger, Thomas/König, Thomas*, 1999: The checks and balances of party federalism: German federal government in a divided legislature, in: *European Journal of Political Research* 36, 207-234.
- Brislinger, Evelyn/Schnapp, Kai-Uwe*, 2008: Umfragedaten, Ereignisdaten, Makrodaten – Dokumentation der Datenbasis für die Analyse der Landtagswahlen von 1962 bis 2004, in: Kerstin Völkl/Kai-Uwe Schnapp/Everhard Holtmann/Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden, 433-464.

- Burkhart, Simone*, 2005: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 14-38.
- Bytzek, Evelyn/Gschwend, Thomas/Huber, Sascha/Linhart, Eric/Meffert, Michael F.*, 2012: Koalitionssignale und ihre Wirkungen auf Wahlentscheidungen, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), *Wählen in Deutschland*, PVS Sonderheft 45, Baden-Baden, 393-418.
- Debus, Marc*, 2007: Pre-Electoral Alliances, Coalition Rejections, and Multiparty Governments, Baden-Baden.
- Debus, Marc*, 2009: Pre-electoral commitments and government formation, in: *Public Choice* 138 (1-2), 45-64.
- Debus, Marc*, 2012 a: Koalitionsppräferenzen von Wählern und Parteien und ihr Einfluss auf die Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2009, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43 (1), 86-102.
- Debus, Marc*, 2012 b: Sozialstrukturelle und einstellungsbasierte Determinanten des Wahlverhaltens und ihr Einfluss bei Bundestagswahlen im Zeitverlauf: Westdeutschland 1976–2009, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), *Wählen in Deutschland*, PVS Sonderheft 45, Baden-Baden, 40-62.
- Decker, Frank/Best, Volker*, 2010: Looking for Mr. Right? A Comparative Analysis of Parties' Coalition Statements Prior to the Federal Elections in 2005 and 2009, in: *German Politics* 19 (2), 164-182.
- Decker, Frank/Blumenthal, Julia von*, 2002: Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 144-165
- Dinkel, Rainer*, 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 348-360.
- Downs, Anthony*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Erikson, Robert S.*, 1988: The Puzzle of Mid-term Loss, in: *Journal of Politics* 50, 1011-1029.
- Franklin, Mark N./Mackie, Thomas T.*, 1983: Familiarity and Inertia in the Formation of Governing Coalitions in Parliamentary Democracies, in: *British Journal of Political Science* 13 (3), 275-298.
- Geys, Benny/Heyndels, Bruno/Vermeir, Jan*, 2006: Explaining the formation of minimal coalitions: Anti-system parties and anti-pact rules, in: *European Journal of Political Research* 45 (6), 957-984.
- Golder, Sona N.*, 2005: Pre-electoral coalitions in comparative perspective: A test of existing hypotheses, in: *Electoral Studies* 24 (4), 643-663.
- Golder, Sona N.*, 2006: Pre-Electoral Coalition Formation in Parliamentary Democracies, in: *British Journal of Political Science* 36 (2), 193-212.

- Grofman, Bernhard*, 2004: Downs and Two-Party Convergence, in: *Annual Review of Political Science* 7, 25-46.
- Gschwend, Thomas*, 2007: Ticket-splitting and strategic voting under mixed electoral rules: Evidence from Germany, in: *European Journal of Political Research* 46 (1), 1-23.
- Gschwend, Thomas/Johnston, Ron/Pattie, Charles*, 2003: Split-Ticket Patterns in Mixed-Member Proportional Election Systems: Estimates and Analyses of their Spatial Variation at the German Federal Election 1998, in: *British Journal of Political Science* 33 (1), 109-127.
- Hall, Peter A.*, 1993: Policy Paradigms, Social Learning, and the State, in: *Comparative Politics* 25, 275-296.
- Jeffery, Charlie/Hough, Daniel*, 2001: The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany, in: *German Politics* 10, 73-98.
- Kellermann, Charlotte*, 2008: Trends and Constellations. Klassische Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 1990-2005, Baden-Baden.
- Kellermann, Charlotte/Rattinger, Hans*, 2005: „Round up the usual suspects“. Die Bedeutung klassischer Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2002, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden, 189-212.
- Kern, Holger L./Hainmueller, Jens*, 2006: Electoral Balancing, Divided Government and ‘Midterm’ Loss in German Elections, in: *Journal of Legislative Studies* 12, 127-149.
- Knill, Christoph/Holzinger, Katharina/Jörgens, Helge*, 2007: Transfer, Diffusion und Konvergenz: Konzepte und Kausalmechanismen, in: Katharina Holzinger/Helge Jörgens/Christoph Knill (Hrsg.), *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken*, PVS Sonderheft 38, Wiesbaden, 11-38.
- Knill, Christoph/Tosun, Jale*, 2012: *Public Policy – A New Introduction*, Basingstoke.
- Kohler, Ulrich*, 2002: *Der demokratische Klassenkampf. Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*, Frankfurt/New York.
- König, Thomas*, 2001: Bicameralism and Party Politics in Germany: An Empirical Social Choice Analysis, in: *Political Studies* 49, 411-437.
- Laver, Michael*, 2008: Governmental Politics and the Dynamics of Multiparty Competition, in: *Political Research Quarterly* 61 (3), 532-536.

- Laver, Michael/Benoit, Kenneth/Garry, John*, 2003: Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data, in: *American Political Science Review* 97 (2), 311-331.
- Linhart, Eric*, 2007: Rationales Wählen als Reaktion auf Koalitionssignale am Beispiel der Bundestagswahl 2005, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48 (3), 461-484.
- Lupia, Arthur/McCubbins, Mathew D.*, 1998: *The Democratic Dilemma. Can Citizens Learn What They Need To Know?*, Cambridge.
- Luskin, Robert C.*, 1990: Explaining Political Sophistication, in: *Political Behavior* 12 (4), 331-361.
- Manow, Philip/Burkhart, Simone*, 2007: Legislative Self-Restraint under Divided Government in Germany 1976-2002, in: *Legislative Studies Quarterly* 32, 167-191.
- Martin, Lanny W./Stevenson, Randolph T.*, 2001: Government Formation in Parliamentary Democracies, in: *American Journal of Political Science* 45, 33-50.
- Martin, Lanny W./Stevenson, Randolph T.*, 2010: The Conditional Impact of Incumbency on Government Formation, in: *American Political Science Review* 104 (3), 503-518.
- Miller, Warren L./Mackie, Thomas M.*, 1973: The Electoral Cycle and the Asymmetry of Government and Opposition Popularity: An Alternative Model of the Relationship between Economic Conditions and Political Popularity, in: *Political Studies* 21, 263-279.
- Müller, Walter*, 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, 3-46.
- Müller, Jochen/Debus, Marc*, 2012: „Second order“-Effekte und Determinanten der individuellen Wahlentscheidung bei Landtagswahlen: Eine Analyse des Wahlverhaltens im deutschen Mehrebenensystem, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* (i. E.).
- Pappi, Franz U.*, 1990: Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987*, Opladen, 15-30.
- Pappi, Franz U./Becker, Axel/Herzog, Alexander*, 2005: Regierungsbildung in Mehrebenensystemen: Zur Erklärung der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (3), 432-458.
- Pappi, Franz Urban/Stoffel, Michael/Seher, Nicole*, 2009: Regierungsbildungen im fragmentierten deutschen Parteiensystem, in: *Arbeitspapiere Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung* 129, Mannheim.

- Pappi, Franz U./Brandenburg, Jens*, 2010: Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland: Stabilität und Wandel seit 1980, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62, 459-483.
- Pappi, Franz U./Gschwend, Thomas*, 2005: Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden, 284-305.
- Popkin, Samuel L./Dimock, Michael A.*, 1999: Political Knowledge and Citizen Competence, in: Stephen L. Elkin (Hrsg.), *Citizen Competence and Democratic Institutions*, University Park, 117-146.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann*, 1980: Nine Second-Order National Elections – A conceptual framework for the analysis of European election results, in: *European Journal of Political Research* 8, 3-44.
- Roller, Edeltraud*, 1998: Positions- und performanzorientierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung: Eine theoretische Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1994, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, 173-219.
- Rudzio, Wolfgang*, 2002: Koalitionen in Deutschland: Flexibilität informellen Regierens, in: Sabine Kropp/Suzanne S. Schüttemeyer/Roland Sturm (Hrsg.), *Koalitionen in West- und Osteuropa*, Opladen, 41-67.
- Saalfeld, Thomas*, 2000: Germany: Stable Parties, Chancellor Democracy, and the Art of Informal Settlement, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hrsg.), *Coalition Governments in Western Europe*, Oxford, 32-85.
- Sabatier, Paul A.*, 1993: Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik, in: Adrienne Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen, 116-148.
- Schmitt, Hermann*, 1998: Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz? Zwei Modelle des Einflusses politischer Streitfragen auf das Wahlverhalten und die empirische Evidenz aus drei Nachwahlumfragen zur Bundestagswahl 1994, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, 145-172.
- Schmitt, Hermann*, 2009: Multiple Party Identifications, in: Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *The Comparative Study of Electoral Systems*, Oxford, 137-157.
- Schniewind, Aline*, 2008: Regierungen, in: Markus Freitag/Adrian Vatter (Hrsg.), *Die Demokratie der deutschen Bundesländer: Politische Institutionen im Vergleich*, Opladen/Farmington Hills, 111-160.
- Strøm, Kaare*, 2008: Communication and the Life Cycle of Parliamentary Democracy, in: *Political Research Quarterly* 61 (3), 573-542.

- Switek, Nico*, 2010: Unpopulär aber ohne Alternative? Dreier-Bündnisse als Antwort auf das Fünfparteiensystem, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Bundestagswahl 2009: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, 320-344.
- Thurner, Paul W.*, 2000: The Empirical Application of the Spatial Theory of Voting in Multiparty Systems with Random Utility Models, in: *Electoral Studies* 19 (4), 493-517.
- Tufte, Edward*, 1975: Determinants of the Outcomes of Midterm Congressional Elections, in: *American Political Science Review* 69, 812-826.
- von Neumann, John/Morgenstern, Oskar*, 1944: *The Theory of Games and Economic Behaviour*, Princeton.
- Völkl, Kerstin/Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard/Gabriel, Oscar W.* (Hrsg.), 2008: *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden.
- Westle, Bettina*, 2005: Politisches Wissen und Wahlen, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden, 484-512.
- Westle, Bettina/Johann, David*, 2010: Das Wissen der Europäer/innen über die Europäische Union, in: Thorsten Faas/Kai Arzheimer/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.), *Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Wiesbaden, 353-374.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Marc Debus
Professur für Politische Wissenschaft III, Vergleichende Regierungslehre
Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Mannheim
A5, 6
68131 Mannheim
E-Mail: marc.debus@uni-mannheim.de

Dipl.-Verw. Wiss. Jochen Müller
Professur für Politische Wissenschaft III, Vergleichende Regierungslehre
Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Mannheim
A5, 6
68131 Mannheim
E-Mail: jochen.mueller@mzes.uni-mannheim.de